

Tarifrunden Öffentlicher Dienst und Metallindustrie – Mehr wäre möglich gewesen

Die zwei wichtigsten Tarifrunden in diesem Jahr sind nach begrenzten Mobilisierungen schnell abgeschlossen worden. Vorausgegangen war eine mediale Auseinandersetzung über mögliche Abschlüsse, in der die Arbeitgebervertreter von Gesamtmetall und den kommunalen Arbeitgeberverbänden eine sehr harte Position vertraten und Abschlüsse unter 1 % forderten.

Ursache dafür waren die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Bund und bei den Kommunen (ver.di, DBB, GEW und GdP) und der IG Metall nach einer Lohnerhöhung von 6 bzw. 5 %. Argumentiert wurde mit der niedrigen Preissteigerungsrate von unter 1 % und den sehr unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Bereichen. Im Öffentlichen Dienst wurden zusätzliche Forderungen wie die nach der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, nach 30 Tagen Urlaub auch für Azubis wie die generelle Übernahme nach der Ausbildung gestellt. Ebenfalls waren die Altersversorgung wie auch die neue Entgeltordnung Thema in dieser Tarifrunde.

Neue Streikformen kamen nicht zum Einsatz

In der IG Metall hatte der Beschluss des Gewerkschaftstages über neue Streikformen die Hoffnung genährt, dass es zu ähnlichen Mobilisierungen kommen würde, wie diese bei ver.di praktiziert werden. Ganztägige Warnstreiks sind eine Möglichkeit, in der hoch durchorganisierten (Just in Time) Metallindustrie den Druck auf die Unternehmer zu erhöhen.

Im Laufe der beiden Tarifrunden zeigte sich allerdings, dass es in der IG Metall erhebliche Vorbehalte gegen diese Streikform gibt. Ganztägige Warnstreiks gab es so gut wie keine. Lediglich die üblichen mehrstündigen Streiks kamen zur Anwendung. Dies sollte Gesamtmetall deutlich machen, dass die IG Metall mit der Durchsetzung ihrer Forderung nicht auf eine Konfrontation ankommen lassen wollte.

Im Öffentlichen Dienst wurde allerdings hiervon wiederum massiv Gebrauch gemacht. Vor der entscheidenden Verhandlungsrunde beteiligten sich mehr als 100.000 Beschäftigte an den Streiks und Kundgebungen. Dass aber auch solche Mobilisierungen begrenzten Charakter haben, zeigte dann der bald folgende Abschluss. Das Kalkül der Gewerkschaftsführungen ging voll auf: die Arbeitgeber mussten ihre harte Haltung aufgeben und ein für die Gewerkschaften akzeptables Ergebnis zugestehen.



Das Ergebnis im Öffentlichen Dienst

- 2,4 % Lohnerhöhung ab 1.3.16, weitere 2,35 % ab 1.2.2017
- 1 Tag mehr Urlaub für Azubis (29 Tage)
- Keine Verschlechterung bei der Altersvorsorge
- Eine neue Entgeltordnung, bei der 1100 Berufsbilder von 4000 eine neue Eingruppierung erfahren
- Eine Kompensation der neuen Entgeltordnung durch eine 4 %ige Kürzung der Jahressonderzahlung für 3 Jahre
- Bei sachgrundloser Befristung bleibt alles beim alten

Das Ergebnis in der Metallindustrie

- Ab 1.7.2016 2,8 %, weitere 2 % ab 1.4.2017
- 150 € im Juni 2016 für die 3 Nullmonate in 2016 (April – Juni)
- Möglichkeit für Unternehmen in schwieriger wirtschaftlicher Lage, die Lohnerhöhungen um 3 Monate zu verschieben bzw. die Einmalzahlung zu streichen.

Fazit

Bei beiden Ergebnissen zeigt sich die Bereitschaft der Gewerkschaftsführungen, den Interessen der Arbeitgeber entgegen zu kommen. In der momentanen Lage wäre sicherlich eine deutlich höhere Lohnerhöhung möglich gewesen. Sowohl die Lage im öffentlichen Dienst, durch die stark sprudelnden Steuereinnahmen wie auch die gute Auftragslage in der Metallindustrie, hätten mehr hergegeben. Dies hätte allerdings bedeutet, mit den Unternehmern in eine härtere Auseinandersetzung einzusteigen. Vor allem das Beiwerk zu dem Abschluss in der Metallindustrie ermöglicht den Unternehmern eine Anwendung des Abschlusses a la carte.

Aber auch der Abschluss im Öffentlichen Dienst hat seine Haken. Vor allem die Kompensation der neuen Entgeltordnung stieß auf Kritik. Hauptsächlich die Beschäftigtengruppen, die im öffentlichen Dienst dringend gesucht werden, bekommen eine bessere Eingruppierung. Die ArbeiterInnen, die Träger der gewerkschaftlichen Kämpfe, haben aber nichts oder kaum was von der neuen Entgeltordnung. Die Kompensation tragen aber alle. Und dass nur 40% der 6%-Forderung durchgesetzt wurde, ist doch eher als mager zu bezeichnen.

Helmut Born, ver.di Linke NRW

Impressum:

Sekretariat :

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss:

29. Juni 2016

Loi Travail – AGENDA 2010 auf französisch

Seit März diesen Jahres kämpfen große Teile der französischen Bevölkerung gegen das Vorhaben der Regierung, die Regelungen der Arbeitsgesetze zuungunsten der ArbeiterInnenklasse zu verändern. Angefangen hat es mit den Platzbesetzungen der Nuit-Debout-Bewegung, an der hauptsächlich junge Leute beteiligt waren. Bei diesen Platzbesetzungen drückte sich die allgemeine Unzufriedenheit über die grassierende Arbeitslosigkeit, die sich verschlechternden Bedingungen an den Schulen und Universitäten wie aber auch die Verstärkung der Anti-Terror-Gesetze aus. An den Platzbesetzungen beteiligten sich aber auch immer mehr GewerkschafterInnen, die vor allem von dem Widerstand gegen die Verschlechterungen der Arbeitsgesetze getrieben waren. Die Regierung behauptet, mit diesen Verschlechterungen, die u.a. Arbeitszeiten bis zu 60 Stunden in der Woche, eine Reduzierung der Überstundenzuschläge und ein Unterlaufen von Tarifverträgen auf Unternehmensebene möglich machen würde, die französische Wirtschaft konkurrenzfähiger zu machen. Dieses Thema rückte bei den Demonstrationen und Kundgebungen immer mehr in den Vordergrund, bis im Mai die Gewerkschaften, mit Ausnahme der regierungsnahen CFDT, endgültig zum Sturm gegen das Gesetzesvorhaben der Regierung Loi Travail bliesen. Es folgten Streiks bei der SNCF, der französischen Eisenbahn, der LKW Fahrer, den großen Raffinerien und an Schulen und Universitäten. Mit diesen Aktivitäten wurde teilweise das ganze Land lahm gelegt. Vor allem die Streiks und Blockaden der Raffinerien führten zu erheblichen Beeinträchtigungen der französischen Wirtschaft. All dies kümmert die Regierung nicht. Obwohl in der Nationalversammlung sie für das Gesetzesvorhaben keine Mehrheit mehr hatte, setzte sie es mit dem Verfassungsparagrafen 49.3 durch, der es ihr ermöglicht, Gesetzesvorhaben ohne parlamentarische Mehrheit zu verabschieden. Zu der Diskussion des Gesetzesvorhaben im Senat am 14. Juni, die auch durch 49.3. nicht verhindert wird, riefen die Gewerkschaften CGT, FO und Solidaires zu einem landesweiten Aktionstag auf. An diesem Aktionstag, während der am 10. Juni begonnenen Fußball Europameisterschaft, beteiligten sich ca. 1,5 Millionen Menschen. Allein in Paris haben sich 800.000 Menschen beteiligt. Aber auch diese eindeutige Manifestation zwang die Regierung nicht zum Rückzug. Der Forderung der Gewerkschaften nach Rücknahme von Loi Travail kam die Regierung nicht nach. Ein Gespräch zwischen CGT und der Regierung am 16. Juni brachte keine Annäherung. Die Gewerkschaften haben weitere Aktionstage angekündigt, um Loi Travail zu Fall zu bringen.



„ES GIBT NICHTS GUTES, AUSSER MAN TUT ES“

Gertrud Moll - 24. März 1954 – 26. Mai 2016

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, schrieb einst Erich Kästner, und unsere Freundin, Genossin und langjährige Weggefährtin Gertrud Moll hat nach diesem Motto gelebt. Vor 25 Jahren hat Gertrud das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften mit gegründet und seit vielen Jahren ist sie auch Mitglied im Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken. Viele von euch kennen sie aus unterschiedlichsten Zusammenhängen. Sie war in der IG Metall aktiv, hat mit ihren Redebeiträgen auf den Delegiertenversammlungen politisch wichtige Akzente gesetzt. Im Betriebsrat bei Bosch war sie immer engagiert dabei, wie auch bei den Gewerkschaftern gegen Stuttgart 21 und in der Linkspartei.

Internationale Solidarität war ihr immer ein wichtiges Anliegen. Im Herbst 2014 hat sie noch bei der 30. Jahresfeier deutsch-brasilianischer Gewerkschafts-Soli-Arbeit in Brasilien teilgenommen und ihre Boschkollegen dort besucht, zu denen sie über viele Jahre Kontakt gehalten hat und sie, wo immer sie konnte, unterstützt hat. Bei vielen Demos, Kundgebungen, Veranstaltungen, Kongressen war sie mit dabei, immer am Unterschriften- oder Spenden sammeln, am Flyer verteilen, am Infostand, im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen. Sie war immer hinterfragend, hartnäckig, beharrlich, zuverlässig, solidarisch, hilfsbereit, freundlich und mit einem riesengroßen Herzen.

Gertrud, Du wirst uns sehr fehlen. Wir werden versuchen, in Deinem Sinne den Kampf für eine gerechte Gesellschaft weiterzuführen, die solidarische Umgangsform, die wir an Dir so schätzten, weiter pflegen und oft an dich und deine freundliche und engagierte Art denken.

Gemeinsam gewinnen!

Beteiligung organisieren, prekäre Beschäftigung überwinden, Durchsetzungsfähigkeit stärken – Erneuerung durch Streik III

Viele Auseinandersetzungen müssen mit großer Härte geführt werden, um sie zu gewinnen. Neue Ansprachen und Kampfformen von Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen, offensive Organisationsprojekte, neue Formen des Warnstreiks und der Beteiligung, Politisierung von Streiks und intensivere Öffentlichkeitsarbeit stärken die Durchsetzungsfähigkeit und können dazu beitragen, die Gewerkschaftspraxis zu erneuern.

Wir wollen auf dieser Konferenz haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftsaktive und WissenschaftlerInnen zusammen bringen, diese neuen Erfahrungen auswerten, voneinander lernen und über innovative Strategien, Konfliktformen und Beteiligungsmöglichkeiten diskutieren.

Tagung / Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, verdi-, IGM-, NGG- und GEW-Gliederungen

Freitag, 30.09.2016 bis Sonntag, 02.10.2016 | ganztägig

Göthe-Universität Frankfurt, Hörsaalgebäude Campus Bockenheimer, Frankfurt/ Main, Mertonstr. 17-21

Weitere Infos und das detaillierte Programm unter:

<http://www.rosalux.de/event/55617/gemeinsam-gewinnen.html>